

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Deutschland 12 M. im voraus zahlbar. Für den Ausland bezogen sind französische, deutsche, ungarische, polnische, russische, tschechische, jugoslawische, serbische, kroatische, griechische, italienische, spanische, portugiesische, amerikanische, australische, indische, japanische, chinesische, sibirische, afrikanische, ozeanische, sowie die in den verschiedenen Ländern der Welt bestehenden Postämtern, in das Abonnement 27 M. per Viertel für Deutschland u. Österreich-Ungarn 30 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 26b.

Die abgedruckten Kontraktbelege über den Raum Seite 1.-11. einschließlich Steuerungsbeleg, keine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.-11. jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerungsbeleg. Kontraktbeleg kostet 20 Pf., Familien-Anzeigen und Stellen-Suchen 2,50 M., extra drei Zeilen. Stellen-Suchen in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-152 70

FR E I H E I T

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien

Paris, 7. Juni.

Die englische Regierung hat, wie die Havas-Agentur berichtet, der französischen Regierung gestern durch ihren Botschafter in Paris eine Antwort auf die französische Note vom 30. 5. zugehen lassen. Die britische Regierung erklärt sich darin mit der französischen Regierung einig, daß die gezielte Ordnung in Oberschlesien gemäß dem Friedensvertrag wieder hergestellt werden müsse, bevor irgendeine Entscheidung getroffen werde. Die englische Regierung fügt hinzu, daß sie den Bericht ihres neuen Kommissars in Oberschlesien über die Lage, wie er sie bei seinem Eintreffen in Oberschlesien vorfand, abwarten wolle, ehe sie sich über die Frage der Prozedur auszusprechen wolle, die versucht werden solle, um das oberschlesische Problem zu lösen.

Die französische Regierung hat sofort auf diese Mitteilung geantwortet und erklärt, daß sie sich in diesen beiden Punkten dem englischen Standpunkt anschließen. Es habe immer in der Absicht der französischen Regierung gelegen, die Ordnung in Oberschlesien wieder herzustellen. Die französische Regierung hoffe, daß die Ankunft der britischen Truppen hierzu beitragen werde, und daß der neue englische Kommissar baldigt seiner Regierung Bericht erstatten werde, damit sie sich vollkommen Ausschluß über die Lage in Oberschlesien geben können.

U. London, 8. Juni.

Lord d'Abernon hat die deutsche Regierung davon verständigt, daß die Entente-Truppen in Oberschlesien durchaus stark genug sind, um die gegenwärtigen Unruhen zu bejähigen und daß das deutsche Anerkennen, die englischen Truppen zu unterstützen, daher unangebracht wäre und den Zustand nur verwickeln könne. Der Gesandte hat die Berliner Regierung erneut darauf aufmerksam gemacht, daß die Deutschen in Oberschlesien sich den Befehlen der Ententekommission zu fügen hätten.

Englisch-französische Bündnispläne

Paris, 7. Juni.

„Matin“ läßt sich aus London melden: Nach Informationen, die aus amtlichen englischen Kreisen kommen, ist auf Anregung des englischen Auswärtigen Amtes, die neuerdings in der französischen und englischen Presse vielfach erörterte Frage einer sektionsmäßigen Entente zwischen Frankreich und England in drei Sitzungen des englischen Kabinetts zur Sprache gekommen. Der Gedanke sei in der Form vorgebracht worden, daß England sich verpflichten solle, im Falle eines deutschen Angriffs Frankreich beizustehen und daß Frankreich als Gegenleistung die englischen Bedenken gegen die Befreiung des Ruhrgebietes berücksichtigen und mit England im Orient zusammenarbeiten soll. Für diesen Gedanken seien zwei oder drei Minister, darunter Lord Curzon und Chamberlain sowie der Unterstaatssekretär im Londoner Auswärtigen Amt, Sir Crewe eingetreten. Die Mehrheit der Minister, darunter Churchill, habe aber den Plan nicht unterstützt. Gegenwärtig werde die Frage von den amtlichen Stellen nicht mehr erörtert.

Der französische Protest gegen den englisch-russischen Handelsvertrag

Paris, 7. Juni.

Havas meldet aus London: Es verlautet, daß gegenwärtig vom Foreign Office eine Antwort auf die heute vom „Daily Telegraph“ veröffentlichte französische Note betreffend des englisch-russischen Handelsabkommens abgefaßt wird. Reuter zufolge wird in dieser Antwort ausgeführt werden, England könne nicht alle von der französischen Regierung vorgebrachten Argumente anerkennen. Insbesondere könnten die von englischen Berichten angeführten Entscheidungen nicht abgeändert werden. Wenn der Augenblick für eine allgemeine Regelung zwischen den Vertretern der verschiedenen Mächte gekommen sein werde, eine Regelung, die mit dem englisch-russischen Handelsabkommen nichts zu tun haben werde, dann würden die französischen Forderungen, wie der englische Premierminister bereits in unzweideutiger Weise erklärte, volle Beachtung finden.

Die erste Schiedsgerichtsverhandlung

(Reuter.) London, 7. Juni.

Das englisch-deutsche Schiedsgericht zur Schlichtung von Streitfällen, die sich aus verschiedenen Artikeln des Friedensvertrages ergeben, verhandelte heute den ersten Fall. Den Vorsitz führte der Schweizer Professor Borel. Mitglieder waren Engländer und Deutsche. Zur Verhandlung stand eine Klage der Great Eastern Railway gegen die deutsche Annoncen-Expedition Rudolf Wolff auf 202 Pfund Sterling nebst Zinsen. Der Kläger führte aus, der Beklagte sei als Annoncen-Expedition für die Linien des Klägers und der holländischen Eisenbahngesellschaft tätig gewesen, wobei jeder Teil die Kosten zur Hälfte bezahlt habe. Im April 1915 habe der Beklagte 20000 Mark von der holländischen Gesellschaft empfangen. Im gleichen Jahre habe er vor einem deutschen Gerichte eine Klage auf 16147 Mark erhoben, die den Kosten von den beiden Gesellschaften geschuldeten Betrag darstellten, ohne jedoch das Gericht von der früheren in Holland gemachten Zahlung in Kenntnis zu setzen. Wolff habe ein Arresturteil auf das in einer Kölner Bank liegende Guthaben des Klägers erhalten. Der Anwalt des Beklagten machte geltend, daß sein Klient wissenslos sei, die 20000 Mark der holländischen Gesellschaft zurückzuerhalten, daß er sich jedoch nicht für verpflichtet erachte, die Zahlung des Betrages in der Vorkriegswährung zu leisten. Das Schiedsgericht lehnte die Berufung der Entscheidung auf Donnerstag vormittag fest.

Der Friedensvertrag von Trianon

Ratifizierung durch die Pariser Kammer

Die französische Kammer nahm mit 478 gegen 74 Stimmen den Vertrag von Trianon über den Frieden mit Ungarn an. In der Debatte kritisierte der sozialistische Abgeordnete Boncourt die Zerstückelung Ungarns. Es sei unmöglich, daß Österreich und Ungarn getrennt voneinander leben könnten. Wenn man die wirtschaftliche Lage betrachte, müsse man erkennen, daß einzelne neugeschaffene Kleinstaaten vor anderen bevorzugt werden. So besäße Ungarn beispielsweise die Zufuhrwege zu einzelnen Kohlengruben, während diese Kohlengruben der Tschechoslowakei gehörten. Eine Donauüberquerung werde nicht genügen; es sei nur dann möglich, alle Grundzüge, die beim Abschluß der Friedensverträge von Versailles, St. Germain und Trianon vorgeherrscht hätten, zu erfüllen, wenn Europa vollkommen neuorganisiert sei.

Ministerpräsident Briand erklärte, Frankreich habe unter allen Umständen den Grundgedanken hochgehalten, andere Völker leben zu lassen und ihr Selbstbestimmungsrecht zu realisieren. Aber wenn es sich um Völker Mitteleuropas handle, stehe die Anwendung dieses Grundgedankes auf Schwierigkeiten. Frankreich müsse aber den kleinen Staaten, da es an ihrer Schaffung teilgenommen habe, mit den Alliierten die Lebensrisiken sichern. Von Föderalismus könne jetzt nicht mehr die Rede sein. Man hätte ihn ins Auge fassen können, solange Österreich-Ungarn nicht zerstückelt war. Man habe die neuen Staaten nicht gegründet, um ihnen ihr Leben wieder zu nehmen. Frankreich verleihe nichts an seiner Größe, wenn es von den wirtschaftlichen Reichümern der Länder Nutzen ziehen wolle, die von seinen zur Anwendung gebrachten Grundgesetzen profitierten. Ungarn müsse sehen, wie es sich mit seinen Nachbarn verständige, um Erleichterungen mit Bezug auf den Friedensvertrag zu erlangen.

Aus der interessanten Debatte ist noch hervorzuheben, daß Briand den General Franchet d'Espèrey gegen den Vorwurf verteidigte, daß er die Unternehmung des Kaisers Karl begünstigt habe. Die Regierung könne nicht verhindern, daß es in Frankreich Royalisten gäbe, aber ihre eigene Politik habe eine ganz andere Orientierung. Der Beweis dafür sei in dem scharfen Protest zu finden, den er bei dem Abenteurer Karls logisch nach Ungarn geleitet habe.

Dem Genossen Paul Boncourt, der für das Recht der Nationalitäten eingetreten war und sich gegen die reaktionäre Regierung Horthy gewendet hatte, erwiderte Briand: Die reine Doktrin des gleichmäßigen Rechts der Nationalitäten könne im alten Europa nicht mehr zur Geltung kommen. Die wirtschaftlichen Interessen regelten die Beziehungen der Völker zueinander, und diese wirtschaftlichen Beziehungen müßten gutmachen, was bei der Regulierung der Grenzen vergessen worden sei. Wenn Ungarn fortan nur noch ein Agrarland sei, wie Paul Boncourt gesagt habe, so müsse erwidert werden, daß auch größere Länder zuweilen nicht alles besitzen, was sie nötig haben. Frankreich könnte zum Beispiel sehr gut eigene Baumwollplantagen kulturen. Die Ideale des Redners, der aus Europa ein soziales Paradies machen wolle, seien sehr schön, aber Frankreich dürfe bei aller Ehrfurcht vor Menschlichkeitsidealen nicht seine Nützlichkeitsinteressen vernachlässigen. Vielleicht werde es einmal eine Gesellschaft der Nationen geben, aber heute sei die Stunde noch nicht gekommen, in der die Völker einander brüderlich in die Arme fallen. Die Regierung Horthys sei nicht so sehr rückständig, sie bedeute doch einen sozialen Fortschritt gegen das Blutregiment Bela Kuhns.

Diese Antwort Briands verdient in mehrfacher Hinsicht Beachtung. Da ist zuerst das Eingeständnis, daß die wirtschaftlichen Interessen die Beziehungen zwischen den Völkern regeln, dem das zweite Eingeständnis folgt, daß diesen wirtschaftlichen Interessen der Völker bei den Grenzfestsetzungen nicht genügend Rechnung getragen wurde. In beidem ist Briand nur zustimmen und nur zu bedauern, daß diese Erkenntnis hinterher kommt und mittlerweile die Staaten Mitteleuropas unter der Zwangsjacke der Verträge festzuheben. Ebenso interessant und wichtig ist Briands Ansicht über die Gesellschaft der Nationen. Daraus klingt eine deutliche Absage an den Völkerbund, dem die Franzosen von jeher nicht sehr zugetan waren. Schürstern Widerpruch fordert aber die Meinung Briands über das Horthy-Regime in Ungarn heraus. Wenn er die Regierung Horthys als einen sozialen Fortschritt gegenüber dem Blutregime Bela Kuhns bezeichnet, so beweist er damit höchstens seine Ahnungslosigkeit über die ungarischen Verhältnisse. Die Unterdrückung der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsbewegung, die Anstauung der Verbandskassen, die Herabdrückung der Arbeiter auf das elendeste Niveau, das sind die sozialen Fortschritte des Horthy-Regimes. Und schließlich hat die Diktatur Bela Kuhns nicht im entferntesten soviel Todesopfer gelostet, wie die Diktatur Horthys gelostet hat und noch immer kostet. Die täglichen Toten der Donau reden eine eindringliche Sprache.

Aufhebung der Telegrammenzensur in Ungarn. Laut Beschluß des Ministerrates sind von heute an alle in Ungarn ausgehenden Telegramme von jeder Zensur befreit.

Dividendenpolitik

Von Bruno Nash

„Die Industrie bricht unter den Lohnforderungen der Arbeiterschaft, unter den Beschränkungen, die ihr durch Desmobilmachungsbestimmungen und Betriebsrätegesetz auferlegt sind, und vor allem unter der unerträglichen Last der Steuern zusammen!“ Wie oft haben wir diese und ähnliche Argumente in zahllosen bürgerlichen Zeitungen und Zeitschriften gelesen, wie beweglich sind die Klagen bei jeder Beratung von sozialpolitischen Gesetzen und Steuervorlagen in den Parlamentsausschüssen erklingen. Wenn die Gewerkschaften wegen der Lohnforderungen verhandeln, dann wird ihnen die Lage der betreffenden Industrie so schwarz und so schwierig geschildert, daß schon mancher Arbeiterpervertierer sich am liebsten entschlossen hätte, der Gegenpartei ein paar Groschen aus der eigenen Tasche anzubieten. Jede noch so fern drohende Möglichkeit einer Abfahrtschleife oder Preislenkung wird in ihren Auswirkungen geschildert und kein Hinweis auf noch so ferne vergangene Zeiten vermag die notleidenden Industriellen zu überzeugen, daß es ihnen noch nicht am Schlimmsten gesehe.

In derartigen Zeitläuften wird es notwendig, immer wieder die Abschlüsse und Gewinnausschüttungen der verschiedenartigsten Unternehmer zu studieren, um der Arbeiterschaft ein Bild zu geben, in welchem Umfange gerade gegenwärtig eine Uebersteigerung von Gewinnen und eine schamlose Geschenkpolitik an Aktionäre zu verzeichnen. Leider ist es nicht möglich, diese Untersuchungen so weit zu stecken, wie es an sich wünschenswert wäre, weil der Öffentlichkeit nur die Bilanzen derjenigen Geschäfte zugänglich sind, die in einer zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtenden Rechtsform betrieben werden, also in erster Linie die Aktiengesellschaften, während die viel zahlreicheren und zum Teil sehr bedeutenden Unternehmer anderer Art (Einzelfirma, offene Handelsgesellschaft usw.) einer kritischen Betrachtung in dieser Hinsicht kaum zugänglich sind. Wir dürfen aber ohne weiteres annehmen, daß bei der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft aus der ihr innewohnenden Tendenz einer Angleichung der Profitraten, bei den anderen Unternehmungen ungefähr ähnliche Ergebnisse zu verzeichnen sein werden, wie wir sie bei den Aktiengesellschaften der verschiedenartigsten Industrien finden.

Allerdings ist gegenwärtig das Lesen der meisten Bilanzen sehr schwierig geworden, weil dieselben gewöhnlich so wenig durchsichtig gehalten sind, daß selbst die bürgerlichen Handelszeitungen fortgesetzt dagegen Sturm laufen und im Interesse der nicht in die Einzelheiten eingeweihten Aktionäre eine größere Klarheit fordern. Wie man aus den Berichten über die Generalversammlungen der Gesellschaften jedoch deutlich genug ersehen, denken die Aktionäre nur in den seltensten Fällen daran, eine derartige Forderung von sich aus zu stellen, denn solange die Unternehmen große Ueberflüsse abwerfen, ist ihr Interesse an dem Werte, das kein wirtschaftliches, sondern ein rein finanzielles ist, vollständig befriedigt. Es wird zur Zeit vielmehr die Bilanzverdunkelungspolitik, die der Auspeicherung stiller Reserven durch Abschreibungen, niedrige Warenbewertungen und dergleichen dient, bewußt gefördert, ebenso wie man gern eine die Öffentlichkeit überreizende hohe Dividendenausüttung vermeidet und für die Gewinnverteilung lieber die weniger durchsichtige, aber im Ergebnis sehr fruchtbarere Vergabe von wertvollen Bezugsaktien, Gratisaktien usw. wählt. Nicht selten finden sich auch der schon klingende Hinweis, daß die zahlenmäßig hohe Dividende, da sie nur in Papiermark zur Ausschüttung gelange, in Wirklichkeit sehr niedrig sei, denn die zu verzinshenden investierten Kapitalien seien Goldmark und daran gemessen erscheine das Gewinnergebnis als geradezu lächerlich bescheiden. Dieses auf den ersten Blick bescheidende Argument aber erweist sich bei näherem Hinschauen als eine hohle Phrase, mit der man auf Dumme spekuliert, denn es gibt heute kaum ein Unternehmen, das nicht während des Krieges und vor allem nach dem Kriege zahlenmäßig viel höhere Kapitalinvestitionen vorgenommen hat, als es vor dem Kriege jemals durchführen konnte und diese großen Beträge, die bei den meisten Firmen ein Vielfaches des Vorkriegskapitals ausmachen, sind natürlich entwertete Papiermark gewesen und keineswegs hochwertige Goldmark.

Aus der Fülle der mir vorliegenden Abschlüsse der letzten Monate, die ein Bild der Gewinnorgien des Jahres 1920 geben können, greife ich willkürlich einige heraus. Da ist die Wäzinger Papierfabrik, deren offizielles Ergebnis nach Abschreibungen in Höhe von über 4 Millionen mit etwa fünf Millionen Mark Reingewinn ausgewiesen wird. Man hat aber vorzugsweise vorweg einen Werterhaltungsfonds in Höhe von 2,5 Millionen M. errichtet, so daß der Reingewinn das 7 Millionen M. betragende Aktienkapital beträchtlich hinter sich läßt. In der Generalversammlung der Gesellschaft aber wurde, nach einer Meldung der „Zf. Ztg.“, von den Aktionären, die es wohl wissen müssen, die Behauptung aufgestellt, der Reingewinn belaufe sich in Wirklichkeit auf über dreißig Millionen M., also auf mehr als das Vierfache des Aktienkapitals, so daß die auszuschüttende Dividende von 40 v. H. tatsächlich „sehr bescheiden“ ist. Da aber gleichzeitig bei der nunmehr beschlossenen Kapitalerhöhung (des Kapitalverwertungs)

von 7 auf 22 Millionen M. jedem Aktionär auf zwei alte eine neue Aktie zum Kurse von 150 Prozent überlassen wird, so bedeutet dies bei dem derzeitigen hohen Kurswerte der Warziner Aktien ein weiteres viel beträchtlicheres Geschenk an die glücklichen Besitzer dieser Papiere, die allerdings zum Teile mit der Ausschüttung sehr unzufrieden waren und für ihre „Arbeitsleistung“ noch mehr verlangten. Sehr bezeichnend ist auch der in der Generalversammlung gemachte Vorschlag, man möge auf die Ausschüttung von 40 v. H. verzichten und nur 15 v. H. Dividende zahlen in Anbetracht der ungünstigen Wirkung auf die Arbeiterschaft. Statt dessen möge man den Betrag auf die neuen Aktien in Anrechnung bringen.

Auch die Akt.-Ges. für Zellstoff und Papierfabrikation in Wschaffenburg hat bei einem eingezahlten Aktienkapital von 18 Millionen M. (nom. 24 Millionen Mark) einen Bruttogewinn von 37 Millionen M. erzielt, doch wird behauptet, daß dieser bilanzmäßige Betrag nicht im Entferntesten mit dem tatsächlichen viel höheren Ertrage übereinstimme. Für Abschreibungen werden zehn, für Reserve 1.200.000 Mark verwandt und 25 v. H. Dividende zur Auszahlung gebracht, wogegen der Wohlfahrtsfonds mit der lächerlich geringen Summe von 1 Million M. abgepeist wird, obwohl die Gewinne nur aus dem — auf Grund der niedrigen Valuta und der absoluten Verschlechterung der Existenzbedingungen der Arbeiterschaft — äußerst ergiebigen Exportgeschäft in diesem Umfange gezogen werden konnten.

Eine geradezu beispiellose Gewinnziffer veröffentlicht die Ver. Glanzstoff-Fabriken A.-G. in Ebersfeld, welche Kunstseide herstellen und für dieses Erzeugnis im Auslande wie im Inlande sehr hohe Preise gefordert und erhalten haben. Bei einem Aktienkapital von 30 Millionen Mark Stammaktien und mit 25 Prozent eingezahlten nominell 10 Millionen M. Vorzugsaktien beläuft sich der Rohgewinn auf nicht weniger als 88 1/2 Millionen M., von denen nur etwa 12 Millionen M. für Unkosten abgehen und 30 Millionen M. für einen Erneuerungsfonds verwandt werden. Von dem hohen Reingewinn zahlt man offiziell nur 20 v. H. Dividende, aber gleichzeitig wird das Aktienkapital von 30 auf 60 Millionen M. erhöht werden. Von den neuen Aktien werden den Aktionären auf drei alte zwei neue zum Nennwerte angeboten! Um es aber zu vermeiden, daß diese durch die Steuergesetzgebung so schwer betroffenen Opfer der Nachkriegszeit zu arg in Anspruch genommen werden, bezahlt das Unternehmen für jeden Aktionär 75 Prozent des Nennbetrages aus dem diesjährigen Reingewinn, so daß für eine neue auf 1000 M. Nennwert gestellte Glanzstoffaktie nur 250 M. gezahlt werden, während dieses Papier einen derzeitigen Kurswert von über 1200 Prozent hat! Krasser ist wohl die Unfähigkeit zu einer gerechten Heranziehung zu den Lasten der Gesellschaft in einer Zeit schwerster allgemeiner Not noch nie in Erscheinung getreten und die Gegenüberstellung derartiger ungeschminkter Zahlen und der Ziffern über die Zunahme von Säuglingssterblichkeit und Lungenschwindhust sollten jedem denkenden Arbeiter beweisen, daß diese Gesellschaftsordnung mit allen Mitteln proletarischer Macht bekämpft und durch eine sozialistische Bedarfswirtschaft abgelöst werden muß.

Zu den Großverdienern gehören auch die riesenhaften Unternehmungen der chemischen Industrie, die außerordentlich günstige Bilanzen veröffentlichen und ihren Aktionären durch eine Kapitalverdoppelung und Abgabe zu einem Kurse von 107 Prozent ebenfalls ein mehr als eine Milliarde betragendes Geschenk in den Schoß schütten. Zu der dabei in Frage kommenden „Interessengemeinschaft der chemischen Industrie“ gehören die hervorragendsten Betriebe dieses Wirtschaftszweiges, die sich ständig enger miteinander verbinden und zu einer einheitlichen Organisation mit weitverbreiteten Beteiligungen und Interessen ausgestalten.

Die Farbwerke vorm. Meister, Lucius und Brüning in Höchst a. Main, die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen, die Farbwerke vorm. Bayer und Co. in Leverkusen sind die bedeutendsten Werke dieses Konzerns, die nach den jetzt beschlossenen Kapitalerhöhungen einheitlich mit einem Aktienkapital von je 430 Millionen M. arbeiten. Für 1920 werden von ihnen aus dem bilanzmäßigen sehr günstigen Ergebnis außer dem erwähnten wertvollen Be-

zugrecht je zwanzig vom Hundert Dividende zur Verteilung gebracht.

Diese wenigen Beispiele, die bald einmal vermehrt werden sollen, deren Bilanzjournale aber keineswegs die volle Höhe des erzielten Gewinnes erschließen, beweisen, in welcher Richtung eine gerechte Steuerpolitik sich bewegen muß, wenn endlich die Lasten der Kriegszeit und des Friedensvertrages auf die leistungsfähigen Schultern gelegt werden sollen. Der Kampf um die Steuererteilung aber ist das Ringen um die politische Macht, und die Arbeiterklasse darf sich keiner Illusion darüber hingeben, daß die bürgerliche Gesellschaft und ihre Regierung daran denken, ohne Not Lasten von den Schultern des Proletariats zu nehmen. Ihr Ziel ist gerade im Gegenteil auf die Ausgestaltung der indirekten Steuern gerichtet, die stets den Ärmern unverhältnismäßig höher belasten, als die Besitzenden. Nur durch die Sammlung der proletarischen Massen auf einheitlicher Kampfbasis wird es möglich sein, die Machtverhältnisse entscheidend zu verändern und damit auch den Weg für eine gerechte Steuerpolitik freizumachen.

Deutsche Kulturträger

In der letzten Nummer des „Tagebuches“ beschäftigt sich ein Einsender mit den Kriegsverbrecher-Prozessen in Leipzig. Der Artikelschreiber hebt hervor, daß er während des Krieges Einblick in die Verhältnisse vieler Gefangenenlager nehmen konnte und daß die Ausschreitungen gegen die Gefangenen fast immer die Billigung der vorgelegten Befehlshaber gefunden haben und gerade dieserhalb erst möglich waren. In dem Artikel heißt es dann:

„Ich sah, wie ein Oberst einen Gefangenen herannah, der auf seinen Feldweibeltrug sich berufend, die Arbeit mehrfach verweigert hatte. Er ließ einen übermannshohen Stacheldrahtpfeiler errichten, gerade breit genug, einen Menschen stehend aufzunehmen; zum Sitzen oder Liegen bot er keinen Raum. Darin wurde der Gefangene ohne Decken, ohne Abendecken, drei Nächte lang von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens eingesperrt und in zweien dieser drei Nächte regnete es in Strömen! Das war eine lähn ausgehedete Strafe. Was im Affekt alles begangen wurde, — immer unter dem Gefühl, daß mit unseren eigenen Leuten auf der anderen Seite nicht anders verfahren werde —, entsteht sich fast der Beschreibung. Als besonders drastisch ist mir das Austreten eines herkulischen Offiziersstellvertreters, der mit Stolz Methoden südafrikanischer Kaffernbehandlung vorzuführen pflegte, in Erinnerung. Mit 2000 Gefangenen waren wir nach langen Wanderungen in einem russischen Gehöft angelangt, in dem den Gefangenen, die in einer Scheune untergebracht waren, nach fast zwei Tagen wieder zum erstenmal Essen verabreicht wurde. Als die Reihe herum und noch ein Rest im Kessel geblieben war, wurde — für die besonders hungrigen — noch einmal das Tor geöffnet. Da natürlich alle besonders hungrig waren, drängte sich die ganze Masse wirr voran, und als auf Zuruf keine Ordnung zu erzielen war, nahm der befehlshabende Afrikaner eine kurz zuvor gefüllte junge Biere auf und schlug mit dem Baumstamm minutenlang blindlings in die angekaute Menschenmenge. Neben an stand ein Hauptman und ipendete Beifall!“

Hier ist das Kernproblem der ganzen Kriegsverbrecherangelegenheit berührt. Wir wiederholen, alle Mißhandlungen und Ausschreitungen, die Deutschland in den Ruf eines Barbarenvolkes gebracht haben, sind nur möglich gewesen durch die Wirksamkeit der höheren Vorgesetzten. Die Untergebenen wurden immer gedeckt, wie sie ja auch jetzt vor dem Reichsgericht in Leipzig gedeckt werden durch die angeblichen „Sachverständigen“. Wenn man also die wirklichen Kriegsverbrecher bestrafen und den Schandfleck auslöschen wollte, mit dem der Name des deutschen Volkes beschmutzt wurde, dann müßte von oben her angefangen werden, also bei Wilhelm Hohenzollern, Hindenburg, Ludendorff und dann immer weiter herunter bis zu den untergeordneten Befehlshabern. Das erst wäre Gerechtigkeit, aber die heutige Gesellschaft wird sich dazu nie ausschwingen.

Darüber hinaus kommt als nächster Verantwortlicher für die Ausschreitungen und Mißhandlungen an den Gefangenen die deutsche Presse in Betracht. Sie hat jedes Märchen der Dummheit unterbreitet, welches ihr durch die famosen Kriegspressequartiere zum Zwecke der Stim-

mungsmache und der Verheerung der Mannschaften zur Verfügung gestellt wurde. Daneben hat sie ohne jede Scham und ohne jedes Anstandsgefühl in der wüsten Weise gegen Franzosen, Engländer und Russen gehetzt, sie allesamt als minderwertige Menschen hingestellt und dadurch die niedrigsten Instinkte entfaßt. Zuzüglich wird die Kriegsberichterstattung ja kaum zur Verantwortung zu ziehen sein. Aber moralisch könnte sie jederzeit gestrauft werden, wenn die deutsche Öffentlichkeit ihr die entsprechende Betrachtung zollen würde.

Eine neue Entgleisung

Die schwere Entgleisung des Herrn Dominicus, der französische Offiziere der Beteiligung an der Bräudenprengung in Oberschlesien fälschlich beschuldigt hat, ist noch nicht ganz vergessen. Das Preussische Handelsministerium läßt der Ruhm des Herrn Dominicus, der sich selbst öffentlich dementieren mußte, nicht schlafen, und es bringt deshalb im amtlichen preussischen Presseamt die Nachricht, daß Korfanty den ehemaligen polnischen Leiter des Staatskostenamtes in Warschau zum Leiter der staatlichen Bergwerksdirektion in Hindenburg gemacht habe. Auf diese Weise soll der Beweis erbracht werden, daß die polnische Regierung an dem Aufstand direkt beteiligt ist.

Die Nachricht ist aber falsch, da der Pole Zilewitsch niemals Leiter des Staatskostenamtes in Warschau gewesen ist, sondern in Katowitz ansässig ist, also ein Oberchlesier ist. Der amtliche Preussische Presseamt wird deshalb zur Wiederherstellung seiner Glaubwürdigkeit schleunigst dementieren müssen, da man sonst künftig seinen Nachrichten gegenüber größte Zurückhaltung wird bewahren müssen. Im übrigen sind diese und andere Fälle nur ein Zeichen des Rechtskurzes, der von der preussischen Regierung eingeschlagen wird. Die Regierung, auf die Gnadenform der Volkspartei und der Deutschnationalen angewiesen, eifrig bemüht, sich deren Gunst zu erwerben und sie leistet sich dabei, neben der größtmöglichen Parteinahme für die Rechtsparteien, auch eine nationalstolische Tolpatschigkeit nach der anderen.

Leichtfertige Hege

Die Stinnes-Korrespondenz, die Telegraphen-Union, macht sich neuerdings wieder auf einem anderen Gebiete mit besonders reaktionärer Tendenz bemerkbar. Am 3. Juni hat sie sich aus Duisburg angeblich Uebergriffe französischer Truppen auf friebliche Zivilisten melden lassen. Kein einziger Fall ist mit Namen gekennzeichnet, sondern in allgemeinen Phrasen wird behauptet, daß französische Soldaten friedliche Bürger angehalten und sie unter Bedrohung mit der Schußwaffe zur Geldherausgabe gezwungen haben.

Derartige, ohne jedes Beweismaterial veröffentlichte Meldungen entsprechen selbstverständlich der Tendenz des Stinnes-Unternehmens, systematische Völkerverhetzung zu fördern und Konflikte heraufzubeschwören, die gerade dem deutschen Interesse von schwerem Schaden sind. Dieses Treiben der Stinnes-Korrespondenz ist den deutschen Interessen so schädlich, daß selbst der Reichsminister des Innern sich genötigt sieht, vor derartig unkontrollierbaren Nachrichten zu warnen, da durch solche Nachrichten die Glaubwürdigkeit der deutschen Berichterstattung auf das schwerste geschädigt werde. Daran wird sich aber die Stinnes-Korrespondenz wenig kehren, denn ihr kommt es auf die privaten Sonderinteressen ihres Auftraggebers, nicht auf das allgemeine deutsche Interesse an, das sie beständig für ihre Sonderinteressen mißbraucht.

Was Spaa kostete. Bei dem allgemeinen Etat für Einnahmen und Ausgaben des belgischen Staates kommt ein Posten von 910.000 Francs vor, welcher die Kosten der Konferenz von Spa darstellt, wo die ausländischen Abgeordneten die Gäste der belgischen Regierung gewesen sind. Auf der Konferenz wurden allein für 150.000 Francs Zigaretten geraucht.

Deutschland und der Völkerbund. In der gegenwärtig in Genf tagenden Vollversammlung der Union der Völkerbündnisse wurde auf Antrag der Verliererstaaten Ledebur Gladstone-England einstimmig und ohne Debatte beschlossen, die deutsche Liga für Völkerbund in die Union aufzunehmen. Ebenfalls wurde ein Antrag angenommen, der Deutschland Aufnahme in den Völkerbund empfiehlt.

Schulgefang

Zur Schulmusikwoche des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht in Berlin.

Von Heinrich Werlt

Mit der Neuordnung des Bildungswesens ergibt sich auch eine Reform des Schulmusikunterrichts. Sie tritt nicht als Gebot der Stunde allein auf; das Problem der Schulmusik ist zu allen Zeiten erörtert worden, sei es aus Gründen musikalischer oder pädagogischer Natur, oder aus Erwägungen, die die allgemeine oder religiöse Weltanschauung betrafen. Schon deshalb kommt die Vermutung auf, daß mehr als nur das Interesse am Fach Triebfeder bei solchen Veränderungen gewesen sein muß. In Wahrheit erkannten alle Volksheerführer von ehedem den Wert einer leiblich-künstlerisch treibenden Gewalt für jede Massenbewegung, und so sehen wir, daß zuerst die Kirche durch Jahrhunderte die Vormundschaft über den Schulgefang ausübte. Zu Zeiten einer fast allen gemeinsamen Weltanschauung und im Zeichen der Herrschaft des Singens in der Musik war dies wohl verständlich, und so konnte ein Wirken in der unmittelbaren Verbindung von Kunstvorbereitung und Kunstschaffen nur ersprießlich sein.

Schon die Wegnahme des einen bedingenden Faktors, des Schutzes der Kirche, nahm dem Schulgefang ein nordem festgesetztes Ziel. Der Stolz des Instrumentalen und damit die Spezialisierung in der Musik, die Vertiefung der nationalen Gegensätze und endlich die Vielgültigkeit der Geistesrichtungen, die sich im Laufe der Zeiten entwickelt hatten, drängten den Schulgefang weiter und reißten ihn endlich unter die pädagogisch-wissenschaftlichen Fächer der Schule. Er wurde zum Wissens- und Bildungsfach, das man zunächst nur pädagogisch durch Erneuerung der Methode zur Steigerung der Leistung wieder zu heben gedachte.

Die Einschränkung wurde vollendet, als der Schulgefang sich selber im moralisierenden Schultell seinen Stoff gab. Die Kleinheit der Wiener Klavier verlangte jetzt von einzelnen die physische Auseinandersetzung mit einer Welt des Künstlerischen, eine Aufgabe, der der Schulgefang nicht gewachsen war. Die starke schöpferische Entwicklung der Musik schwächte von nunherin alle Versuche, das alte Ideal eines Volksgesangs aufzurichten, der ehedem der Ausdruck tiefen Erlebens gewesen war. Am die Hälfte des 19. Jahrhunderts nahm sich der Staat des Schulgefangs an. Sein Einwirken durch gesetzgeberische Maßnahmen bedeutete eine weitere Entfernung des Schulgefangs von dem großen Kunst- und Lebensideal, das er aufzurichten imstande gewesen wäre.

Am die neunziger Jahre erinnern sich die Musikpädagogen der Wichtigkeit des Faches, und nun tritt das Musikalische mehr hervor. Es erweist sich, daß das Vermittlungsprinzip, die Lehrschule, nur zu einer Steigerung des Stoffes reicht, und so ergibt sich im Einklang mit der Staatsforderung: Erweiterung des Liedschazes. Da das Mechanisieren jede selbständige künstlerische Regung ausschließt, wird als Hauptziel: die

Vorbereitung zur gesanglichen Teilnahme am kirchlichen oder bürgerlichen Leben. Man verlagert über der Ausgestaltung dieser einseitigen Zwecke gänzlich die Zählung zum Musikleben überhaupt, daß das eigenzeitliche Erleben des Kunstwerks der Kunst zuführt.

Am die Wende des Jahrhunderts regt sich auch bei den Berufsmustern Interesse für den Schulgefang. Wiederum übernahm der Staat, getrieben durch die Interessensverbände, die Führung und Überleitung die Gestaltung der Reform deren Vertreter. Ohne Zweifel entsprachen die Neuerungen dem Verlangen weiter musikpädagogischer Kreise. Die Lehrpläne sind die Zusammenfassung des in Jahrhunderten verarbeiteten Stoffes. Die Umprägung des Schulgefangs im Schulbetrieb hat ihm aber nur beschränkte Auswirkung ins Musikleben gegönnt. Ein Fortschritt war es, daß der Staat sich auf das Organisatorische beschränkt und im weiteren sein Interesse an einem technisch reifen Erzieherstand (Schulgefangslehreprüfung) bewies, in Preußen durch Erhaltung einer Anstalt (Akademisches Institut) zur Ausbildung der Schulgefangslehrer.

Der Boden für die Entwicklung eines Gesamtmusiklebens unter Anteilnahme des Schulgefangs war vor dem Umsturz bereit. Die Möglichkeit der Neugestaltung brachte aber erst der freie Volksstaat mit dem Gedanken des Menschheitsrechtes auf Kunst- und Musikleben. Nimmt man die Not unserer Tage dazu, so ergibt sich die Frage: Ist die moderne Schulgefangsreform das Gebot der Stunde, kann sie dem Volke bringen, was des Volkes ist?

Stellung zu den Fragen der Schulmusik des Heute zu nehmen und ihre Lösung in der Zukunft anzubahnen, eintreten sich dieser Tage unter staatlicher Förderung etwa 600 unmittelbar interessierte Teilnehmer aus allen deutschen Gauen zur Schulmusikwoche des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht in Berlin.

Ueberschau man die Tagung, so ergibt sich schon aus der Gruppierung der Darbietungen, daß die Veranstalter mit bestem Erfolge versucht haben, Anregungen zu vermitteln, Grundlagen zum Wiederaufbau der deutschen Schulmusik zu schaffen.

Wir haben bereits die Einwirkungen erkannt, denen die Schulmusik seit Jahrhunderten unterworfen war. So kommt es, daß sie immer noch eigen erscheint, unter welchem Gesichtswinkel man sie auch betrachtet. Bezeichnend ist gewiß, daß allein schon der Musikstoffschaffter Universitätsprofessor Dr. H. Albert (Leipzig) dem ihm folgenden Praktiker den Stoff wegnahm. Alberts Ideal des Schulgefangs ist das Aufgehen im Gesamtmusikunterricht. In den Zielsetzungen alles schulmusikalischen Gestaltens schlägt er eine Brücke zur zeitgenössischen Bestimmung dieses Faches: Erneuerung im Geiste, nicht in der Form. Und doch klafft ein Spalt. Fürs erste ist es, daß Alberts Wägung durch Unmögliches fordert. Der Schulgefang in diesem Sinne ist trotz aller postenden rhetorischen Einleitung die Wiedergeburt des Humanismus, eines Bildungsideals, das wir ablehnen, weil es das Fach als solches im Gesamtorganismus der Schule wohl denkbar entwickelt, dabei aber verläumt, es in unmittelbarer Beziehung zum Musikleben zu halten. Musik muß primäres Moment sein. Nur dies stellt sie neu als Erziehungsfach her, wahr ihren Rang als Kulturfaktor. Kultur-

gegnung ist aber unvereinbar mit der Beschränkung auf Raum innerhalb geographisch bedingter Grenzpläne. Will der Schulgefang an der Vertiefung der „Weltgeltung der deutschen Musik“ mitarbeiten, dann müssen nationalistische Tendenzen bewußt vermieden werden. Dann erst nähern wir uns dem Sinn des Ewigkeitswertes Bach-Beethovenischer Musik!

Professor Ernst Paul (Dresden (Neue Aufgaben im Schulmusikunterricht)) war es, der auf dem ersten internationalen musikpädagogischen Kongreß die These aufstellte: der Seminarlehrer sei in erster Linie Gesangspädagog! Nur das Aufgehen in den großen Fragen der Gegenwart bringt seine Umstellung zum Heute zuwege: Arbeits- und Gemeinschaftsschule! Erziehung durch oder zur Musik ist möglich. Nicht die technische Fertigkeit, nicht allein das Singen an sich schafft's. Um das innere Erfassen geht die Reform.

Professor Sanderburg (Kiel (Die Schule als Mittelpunkt der häuslichen Musikpflege)) umgrenzt die Auswirkung des Schulgefangs. Die Schule kann keine Zentralkraft des Musiklebens einer Stadt sein, höchstens dort, wo lokale Beschränkung, das Fehlen anderer musikalischer Einrichtungen es mit sich bringt. Belebung kann der Schulgefang schaffen durch Chororganisation durch gemeinsames Musizieren der Eltern und Kinder. Anknüpfung an die Schule durch die Arbeitsgemeinschaften der Volkshochschule; Organisation von Volksmusikschulen. Die Schule schafft keine Künstler oder Kenner, sondern Kunstfreunde!

In Sonderburgs Vortrag vermehrte ich die Betonung des heiligen Motivs. Wenn dies je in eine Formel zu bringen wäre, hätte Fritz Jöde (Hamburg (Die Grundlagen musikalischer Betätigung in Schule und Leben (den überzeitlichen Ausdruck dafür gefunden. Ich habe die Entwicklung dieses „entschiedenen Schulgefangsreformers“ (im besten Sinne) seit Jahren verfolgt. Sein letztes Buch (bet J. Zwifler-Wolffenbüttel) erscheint mit in Theorie und Praxis oft ansehbar. Ich glaube, daß man zuerst musikalisch empfinden muß, um durch Musik zur Kunst zu kommen. Jede ist in mancher Hinsicht Opfer der Vergangenheit und ringt noch nach der Eigenart. Aber die Symptome dieses Ringens sind so urkräftig, daß ich mich dem Einbruch dieses Erziehers beuge. Es ist gewiß, daß sein Verlangen mehr als einmal eine völlige Fokussierung des Schulgefangs vom Kunstleben bedeutet. Das Zwingende ist, daß dieser mutige Kämpfer die Erneuerung im Geiste ohne Verzichtsmäßigkeit der hergebrachten Form und mit allen Konsequenzen verlangt. Nach ihm lebt das Kind selber keiner Kunst, und alle Kunstszene zielt auf Selbständigkeit und Gemeinschaft innerhalb dieses Organismus ab.

War am ersten Tag immer und immer wieder der Unwert der Methodenglaubens betont worden — der zweite galt den Methoden.

Professor Georg Rolfe (Berlin, der Bildner einer Generation von Schulgefangslehrern, ist kein Neuerer, aber er ist ein treuer Jünger seiner Kunst, der er in Liebe und Hingabe alles aufbringt, denen das „Mitschwingen der Seele“ und die des Schulgefangs bedeutet. Es war eine Freude, aus den Darbietungen seiner Klasse die Ueberzeugung zu gewinnen, daß es ja

